

Adenauers Forderungen in seiner Bonner Rede am 7. April 1946

## Am politischen Leben gewissenhaft Anteil nehmen, Schlagworten widerstehen und den Einzelnen vor der Allmacht des Staates schützen

Am 7. April 1946, also weniger als ein Jahr nach dem Ende des 2. Weltkrieges, hielt Konrad Adenauer im Kuppelsaal des Museums Koenig vor 1.200 Gästen eine sehr bemerkenswerte Rede. Der von den Nationalsozialisten verfolgte Politiker war wenige Wochen zuvor, am 1. März 1946 zum Vorsitzenden der CDU der britischen Zone gewählt worden.

Adenauer sprach über die Ursachen der nationalsozialistischen Diktatur und die Grundideen der noch nicht ein Jahr alten CDU. Das Godesberger Anzeigenblatt schilderte die Atmosphäre mit den Worten: „Viele Jahre hindurch flossen von Rednertribünen Ströme von Schlagwörtern und Phrasen, Großsprecherei und Agitation. Kein Wunder, dass man sich heute innerliche angerührt fühlt, wenn nun eine Persönlichkeit wie Dr. Adenauer spricht: ruhig, sachliche, mit sparsamen Gesten, ohne Spekulation auf Beifall, Wege und Werte zeigend, die nach vielhundertjähriger Wirksamkeit hinter dem roten Nebel von Fahnen und Phantasmen versunken waren.“

Dass Konrad Adenauer diese wichtige Rede in Bonn hielt, war kein Zufall. Sein Urgroßvater väterlicherseits hatte sich 1784 – also zu Beethovens Bonner Zeiten - in Bonn angesiedelt. Die Familie betrieb eine Bäckerei Adenauer, die sich zunächst an der Ecke Kasernenstraße / Maargasse (heute Oxfordstraße) und später in Lessenich-Meißdorf befand. Der Adenauer-Biograph Hans-Peter Schwarz stellte zu Recht fest: „Der Befund ist offenkundig: Konrad Adenauer ist nur ein Neu-Kölner, genealogisch kann ihn Bonn viel eher für sich reklamieren.“

1895 – 1897 absolvierte Adenauer an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Bonn die letzten drei Semester seines Jurastudiums und legte hier sein Examen ab. 1935 – zwei Jahre nach der Absetzung als Kölner Oberbürgermeister durch die Nazis – bezog Adenauer ganz in der Nähe sein „Rhöndorfer Exil“. Vor allem Bad Godesberg hatten damals viele ehemaliger Zentrumsmitglieder Schutz vor den Nationalsozialisten gefunden. Dazu gehörten neben Adenauer der frühere Reichskanzler Wilhelm Marx, der ehem. Reichsrenährungsminister Andreas Hermes, 1945 nach seiner Befreiung aus der Todeszelle in Plötzensee Gründer der CDU, Albert Lauscher als ehemaliger Vorsitzender des preußischen Zentrums und Rudolf Amelunxen. Im Plittersdorfer Haus des späteren ersten Regierungschefs von Nordrhein-Westfalen hatte Adenauer nach dem Röhm-Putsch 1934 eine zeitweilige Bleibe gefunden.

In seinen Bonner Studentenzeiten war Konrad Adenauer zur katholischen Bonner Studentenverbindung Arminia gestoßen. Dort lernte den späteren Gründer und ersten Vorsitzenden der Bonner CDU Johannes Henry kennen. Die beiden Bundesbrüder verband in den folgenden Lebensjahren über das gemeinsame Jurastudium hinaus ein ähnlicher Lebensweg: Beide wurden im Zentrum aktiv, dessen Bonner Vorsitz Henry 1907 übernahm, während Adenauer im Kölner Zentrum immer weiter nach vorne rückte. Als 1917 eine Nachwahl in den Reichstag erforderlich wurde, wurde Henry sogar für zwei Jahre Bonner Reichstagsabgeordneter des Zentrums in Berlin. Im gleichen Jahr wurde Adenauer Kölner Oberbürgermeister.

Von 1919 bis 1932 wirkte Johannes Henry dann als Geschäftsführer des Kartellverbandes der katholischen Studentenverbindungen Deutschlands. Wie Adenauer 1933 von den Nazis aus seinem Amt als Kölner Oberbürgermeister vertrieben wurde, so gab Henry 1933 wegen der Schikanen nach Hitlers Machtübernahme den Vorsitz des Zentrums und sein Bonner Stadtratsmandat ab, das er seit 1912 größtenteils als Vorsitzender der Zentrumsfraktion ausgeübt hatte. Adenauer und Henry standen in den Jahren der NS-Diktatur gleichermaßen unter Gestapo-Kontrolle und wurden nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 im August und September beide in der Kölner Messehalle inhaftiert.

Die persönliche Beziehung zwischen Konrad Adenauer und Johannes Henry bildete auch die Grundlage für die ersten politischen Kontakte zwischen dem ehemaligen Kölner Oberbürgermeister und der neu gegründeten Bonner CDU. Sie führten 1949 auch dazu, dass Adenauer in Bonn und nicht in Köln Bundestagsabgeordneter wurde und den Bonner Wahlkreis bis zu seinem Tod 1967 als direkt gewählter Abgeordneter im Deutschen Bundestag vertrat.

Henry hatte als neuer Bonner CDU-Vorsitzender gleich nach dessen Wahl zum CDU-Vorsitzenden im Rheinland schon am 10. Februar 1946 den „lieben Adenauer“ eingeladen, demnächst einmal hier in einer Versammlung zu sprechen...Wir versprechen uns gerade von einem rednerischen Auftreten von Dir großen Erfolg ... Deine wechselvollen Erlebnisse in den letzten Monaten haben wir auch hier in Bonn mit großem Interesse verfolgt und freuen und über die Dir doch letzten Endes (zum Teil) gewordene Anerkennung“.

Adenauers Antwort datiert schon vom 22. Februar mit der Bitte um Verständnis, aus Termingründen „wenigstens vorerst in Bonn nicht sprechen zu können“. Schon am 4. März 1946 hatte Henry erneut nach: „Wäre es aber nun vielleicht nicht doch möglich, dass Du Ende März oder Anfang April zu uns sprechen würdest? Es würde das hier zweifellos begrüßt werden. Unsere Bitte ist umso dringlicher, als es offensichtlich mit zugkräftigen Rednern bei der CDU nicht besonders gut bestellt ist, wie leider Gottes auch auf anderen Gebieten.“ Nur vier Tage später, am 8. März 1946, schrieb Henry erneut: „Wir wären Dir auf jeden Fall ungemein dankbar, wenn Du uns recht bald eine wenigstens grundsätzlich zusagende Antwort zukommen lassen wolltest...“ Die Hartnäckigkeit hatte Erfolg, Adenauer sagte am 16. März 1946 zu, „im Laufe des April in Bonn zu sprechen.“

So kam es zu der bemerkenswerten Bonner Rede von Konrad Adenauer am 7. April 1946 im Museum Koenig. Darin befasste sich Adenauer mit den Ursachen des Aufstiegs der Nationalsozialisten und forderte von jedem „eine ernste und strenge Gewissensforschung“. „Einer der verhängnisvollsten Fehler des deutschen Volkes“ sei „seine mangelnde politische Reife“. Man dürfe die Politik nicht ausschließlich denen überlassen, die sich berufsmäßig damit befassen: „Jeder von uns ist verpflichtet, sich soweit mit Politik zu befassen, dass es sich ein selbstständiges Urteil über die grundlegenden Fragen bilden kann.“

Notwendig sei für „alle Schichten“ eine „ernste und verantwortungsvolle und gewissenhafte Anteilnahme an politischen Fragen und am politischen Leben“. „Da der politische Wille eines Volkes nur über die Parteien zum Ausdruck und zur Wirkung gebracht werden kann, ist es Pflicht eines jeden Deutschen, das Wesen, die Forderungen, die Betätigung der verschiedenen Parteien kennen zu lernen und sie genau zu verfolgen und dazu Stellung zu nehmen und wenn irgend möglich innerhalb der Partei auf deren Wirkung Einfluss auszuüben. Auf der anderen Seite ist es die Pflicht jeder Partei ohne Schlagworte, meine Damen und Herren, ich wiederhole es, ohne Schlagworte, für die Deutschen leider eine so große Vorliebe haben, einfach und verständlich zu sagen, was sie will und erstrebt.“

1933 hätten sich das deutsche Volk „in einem dem nüchternen Beobachter ganz unverständlichen Umfang mit dem Nationalsozialismus in die Arme“ geworfen. „Es vertraute sein Schicksal Männern an, von denen es nichts wusste, von denen es nichts kannte, die in der Vergangenheit nichts geleistet hatten, die aber das deutsche Volk mit Schlagworten überhäuft und die ihm Macht und Herrschaft versprachen.“ Angesichts des Aufstiegs der AfD klingt diese Analyse besonders aktuell.

Adenauer beschrieb eine tiefer liegende Ursache: „Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung von der Stellung der Einzelperson und hat den Staat und die staatliche Macht und schließlich die Macht und die Gewalt schlechthin auf den Altar erhoben und diesen Götzen hat es die Einzelperson ihre Würde und ihren Wert geopfert.“

Vor allem dagegen wende sich die gerade neu gegründete CDU: „Nach der dem Programm unserer Partei zugrunde liegenden Auffassung ist die Person dem Dasein und dem Rang nach v o r dem Staat: an ihrer Würde, Freiheit und Selbstständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze wie ihre Orientierung. Freiheit der Person ist nicht Schrankenlosigkeit und Willkür. Sie verpflichtet jeden beim Gebrauch seiner Freiheit, immer eingedenk zu sein von der Verantwortung, die jeder einzelne für sein Volk und für seine Mitmenschen trägt. Der Fundamentalsatz des Programms unserer Partei, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist der Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine von ihr von Gott verliehene einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich.“

Es lohnt sich die Rede von Adenauer noch einmal nachzulesen. Sie hat auch nach 80 Jahren nichts an Aktualität verloren.

9.

A

*Adenauer (Rede)*

REDE.

VON

OBERBÜRGERMEISTER a. D. DR.

KONRAD  
ADENAUER

VORSITZENDER DER  
CHRISTLICH DEMOKRATISCHEN UNION  
FÜR DIE BRITISCHE ZONE

gehalten aus Anlaß einer  
politischen Großkundgebung  
am 7. April 1946 in

BONN

## Meine verehrten Damen und Herren!

Einer der verhängnisvollsten Fehler des deutschen Volkes ist meines Erachtens seine mangelnde politische Einsicht, seine mangelnde politische Reife. Sie werden mich fragen, wann ist denn ein Volk politisch reif? Und ich werde versuchen, Ihnen eine Antwort darauf zu geben. Das Volk ist politisch reif, in dem sehr viele in der Lage und gewillt sind, sich eine eigene unabhängige Meinung über die wesentlichsten, die fundamentalsten politischen Angelegenheiten zu bilden. Jedenfalls ist das Volk nicht politisch reif, das das Gebiet der Politik ausschließlich denjenigen überläßt, die sich dauernd, ich möchte fast sagen berufsmäßig, damit beschäftigen. Auch diese Frauen und diese Männer, die sich dauernd mit politischen Angelegenheiten und Fragen beschäftigen, bedürfen unbedingt der Stütze, der Beeinflussung und unter Umständen der Korrektur durch die politischen Einsichten und Erkenntnisse weiterer Kreise des Volkes. Jeder von uns ist verpflichtet, sich soweit mit Politik zu befassen, daß er sich ein selbständiges Urteil über die grundlegenden Fragen bilden kann. Diese Verpflichtung macht nicht halt vor denjenigen, die auf politischem Gebiet Besonderes leisten, die auf fachlichem Gebiet Besonderes leisten oder an führender Stelle stehen. Je tüchtiger jemand in seinem Fach ist, je größer sein Ansehen in seinen Berufskreisen ist, desto mehr kann er kraft dieses Ansehens beitragen zur Bildung einer öffentlichen Meinung in den politischen Fragen.

Ich spreche hier in einer Universitätsstadt. Ich nehme an, daß manche Zugehörigen der Universitätskreise unter meinen Zuhörern sich befinden. An sie richte ich den ganz dringenden Appell, sich mit politischen Fragen wenigstens insoweit zu beschäftigen, daß sie sich ein gut fundiertes Urteil über die politischen Fragen, die jetzt das deutsche Volk beschäftigen, bilden können. Studentenschaft und Bevölkerung sehen auf sie und richten sich in vielen Dingen nach ihrem Urteil. Man konnte schon meines Erachtens in normalen Zeiten nicht dem Universitätslehrer gestatten, sich der Stellungnahme zu allgemeinen politischen Fragen zu enthalten. Man kann das unter keinen Umständen gestatten in einer Zeit wie der unsrigen, da alle politischen Formen zerbrochen sind, in der alles politische Gedankengut der Vergangenheit sich als wertlos zu erweisen scheint, in der vor allem auch die Studenten der Belehrung und Aufklärung auf politischem Gebiet so dringend bedürfen.

Auch im Interesse der Wissenschaft müssen sich die Universitätslehrer mit politischen Dingen befassen. Die Frage der Politik greift weit hinüber in das Gebiet der Wissenschaft. Ich führe nur an das Thema: Verhältnis der Einzelperson zum Staat. Das ist ein Thema, das den Juristen wie den Theologen und den Philosophen in gleicher Weise beschäftigen muß; und für den Historiker, den Sozialwissenschaftler und Volkswirtschaftler bietet sich eine ganze Fülle von Fragen, mit der er sich beschäftigen und die er der Lösung näherzubringen versuchen muß.


Politische Reife wird, wie jede Reife, nicht leicht gewonnen; sie ist nur eine Frucht ernster und verantwortungsvoller und gewissenhafter Anteilnahme an politischen Fragen und am politischen Leben. Da der politische Wille eines Volkes nur über die Parteien zum Ausdruck und zur Wirkung gebracht werden kann, ist es Pflicht für jeden Deutschen, das Wesen, die Forderungen, die Betätigung der verschiedenen Parteien kennen zu lernen, sie genau zu verfolgen und dazu Stellung zu nehmen und wenn irgend möglich innerhalb der Partei auf deren Wirkung Einfluß auszuüben. Auf der anderen Seite ist es die Pflicht jeder Partei, ohne Schlagworte, meine Damen und Herren, ich wiederhole es, ohne Schlagworte, für die die Deutschen leider eine so große Vorliebe haben, einfach und verständlich zu sagen, was sie will und erstrebt.

Die Christlich Demokratische Union, als deren Vertreter ich zu Ihnen heute spreche, ist eine neue Partei. Sie ist keine Fortsetzung einer der Parteien, die

vor 1933 bestanden haben. Sie ist entstanden und gewachsen aus der Erkenntnis heraus, daß ein Verharren auf den Bahnen, die zuerst 1918 zu Versailles, dann zum Nationalsozialismus und endlich zu der bedingungslosen Kapitulation der Oberbefehlshaber der Wehrmacht im Jahre 1945 geführt haben, unmöglich einen Wiederaufstieg des deutschen Volkes bringen können. Ich beabsichtige nicht, hier ein Schuldbekennnis für das deutsche Volk zu fordern oder abzulegen. Ich glaube auch nicht, daß die besonnenen Männer unter den Alliierten etwas Derartiges verlangen, aber, meine Damen und Herren, eine Gewissenserforschung, eine ernste und strenge Gewissenserforschung, die halte ich allerdings für uns selbst notwendig. Sie liegt in unserem eigensten Interesse. Um die Tiefe unseres Absturzes zu erkennen, muß man sich klar machen, daß das deutsche Volk infolge der bedingungslosen Kapitulation, ich wiederhole, meine Damen und Herren, um jeder Bildung einer Dolchstoßlegende von vornherein vorzubeugen, infolge der von den Oberbefehlshabern der Wehrmacht unterschriebenen bedingungslosen Kapitulation nicht die geringste staatliche oder wirtschaftliche Macht mehr besitzt. Jede deutsche Stelle, jede deutsche Behörde leitet ihre ganze Macht her aus der Einsetzung und dem ihr erteilten Auftrag durch die Militär-Regierung. Ja, noch weiter, niemand darf sich auch auf wirtschaftlichem Gebiet betätigen ohne Zulassung, ohne Kontrolle durch die Militär-Regierung. Und dieser Zustand völliger Machtlosigkeit währt nun fast schon ein volles Jahr. Ich glaube nicht, daß seit vielen hundert Jahren ein großes Volk so völlig ohne staatliche Macht gewesen ist, ohne eigenes Recht, wie jetzt das deutsche Volk.

Nun lassen Sie mich, nachdem ich unseren gegenwärtigen Zustand Ihnen kurz skizziert habe, einige wesentliche Tatsachen aus der deutschen Geschichte der letzten Jahrzehnte in Ihr Gedächtnis zurückrufen. 1870/71 wurde das Bismarcksche Reich unter preußischer Führung gegründet. Es war jahrelang das mächtigste und stärkste Land Europas, vielleicht der damaligen Welt. Es schien so stark, so fest gegründet, daß seine Existenz jedem für Jahrhunderte gesichert schien. Aber schon nach 47 Jahren, also historisch gesehen, in einer ganz kurzen Zeitspanne, brach es zusammen. Dann kam Versailles, es kam die Inflation, und trotz Versailles und trotz Inflation begann kraft der guten Eigenschaften des deutschen Volkes ein neuer Aufstieg. Während noch 1925 die Einfuhr die Ausfuhr um vier Milliarden Mark überstieg, blieb im Durchschnitt der Jahre 1926 bis 1930 die Warenausfuhr nicht mehr wesentlich hinter der Einfuhr zurück. Und trotzdem warf sich 1933 das deutsche Volk in einem dem nüchternen Beobachter ganz unverständlichen Umfange dem Nationalsozialismus in die Arme. Es vertraute sein Schicksal Männern an, von denen es nichts wußte, von denen es nichts kannte, die in der Vergangenheit nichts geleistet hatten, die aber das deutsche Volk mit Schlagworten überhäufte und ihm Macht und Herrschaft versprachen. Das deutsche Volk verließ mit dem Uebergang zum Nationalsozialismus den Weg des langsamen, auf zäher Arbeit beruhenden, Recht und Gerechtigkeit achtenden Aufstiegs. Es machte die Aufrüstung mit; es machte allmählich alles mit, was die nationalsozialistische staatliche Macht von ihm verlangte. Auf Geheiß der staatlichen Macht ging es in diesen Krieg bedingt hinein, in diesen Krieg, der trotz der blendenden Anfangserfolge, die infolge des deutschen Aufrüstungsvorsprunges erzielt wurden, notwendigerweise verloren gehen mußte; eine Notwendigkeit, die auch 1939 schon von jedem nüchtern denkenden Menschen erkannt werden konnte. Auf Geheiß der staatlichen Macht leisteten in diesem Kriege Deutsche Wunder an Tapferkeit und Pflichttreue. Und zu gleicher Zeit begingen Deutsche, ebenfalls auf Geheiß der staatlichen Macht, die unerhörtesten und scheußlichsten Verbrechen an den Mitgliedern des eigenen Volkes und an Angehörigen fremder Völker. Wiederum auf Geheiß der staatlichen Macht führte das deutsche Volk den schon lange verlorenen Krieg fort bis zur Selbstvernichtung, sinnlos, zwecklos.

Jeder denkende Deutsche, der sich diese Epochen in der langen Geschichte unseres Volkes einmal durch den Kopf gehen läßt, muß sich doch fragen, was ist denn nun der innere Grund dieses unerhörten Auf und Ab, dieses Hin und Her, dieser enormen Leistungen und dieser scheußlichen Verbrechen; was sind

denn nun die tiefsten Gründe dafür, daß wir schließlich in  Abgrund, den ich Ihnen eben skizziert habe, in diese völlige Machtlosigkeit gestürzt sind? Auf Einzelheiten kommt es bei einer solchen Untersuchung nicht an. Sie sind auch vielfach noch nicht völlig geklärt, aber die tieferen, die wirklich wirkenden Ursachen dieser Katastrophe liegen klar zu Tage; sie reichen weit zurück vor das Jahr 1933. Der Nationalsozialismus hat uns unmittelbar in die Katastrophe hineingeführt; das ist richtig. Aber der Nationalsozialismus hätte in Deutschland nicht zur Macht kommen können, wenn er nicht in breiten Schichten der Bevölkerung vorbereitetes Land für seine Giftsaat gefunden hätte. Ich betone, in breiten Schichten der Bevölkerung. Es ist nicht richtig, jetzt zu sagen, die Bonzen, die hohen Militärs, die Großindustriellen tragen allein die Schuld. Gewiß, sie tragen ein volles Maß an Schuld, und ihre persönliche Schuld, deretwegen sie von deutschen Gerichten zur Rechenschaft gezogen werden müssen, ist um so größer, je größer ihre Macht und ihr Einfluß gewesen sind. Aber ich wiederhole, sie tragen nicht allein die Schuld. Breite Schichten des Volkes, der Bauern, des Mittelstandes, der Arbeiter, der Intellektuellen hatten nicht die richtige Einstellung, nicht die richtige geistige Verfassung, sonst wäre der Siegeszug des Nationalsozialismus im deutschen Volk nicht möglich gewesen.

Das deutsche Volk krankt seit vielen Jahrzehnten in allen seinen Schichten an einer falschen Auffassung von der Stellung der Einzelperson und hat den Staat und die staatliche Macht und schließlich die Macht und die Gewalt schlechthin auf den Altar erhoben, und diesen Götzen hat es die Einzelperson, ihre Würde und ihren Wert geopfert. Die Ueberzeugung von dem Vorrang des Staates und der im Staat gesammelten Macht vor den Rechten der Einzelperson ist in zwei Schüben in Deutschland zur Herrschaft gelangt. Zunächst breitete sich diese Ueberzeugung von Preußen ausgehend nach den Freiheitskriegen aus. Dann eroberte sie nach dem siegreichen Krieg von 1870/71 ganz Deutschland. Der Staat wurde durch den von Herder und den Romantikern aufgedeckten Volksgeist, vor allem durch Hegels Auffassung vom Staat als der verkörperten Vernunft und Sittlichkeit in dem Bewußtsein des Volkes zu einem fast göttlichen Wesen. Mit der Ueberhöhung des Staates war zwangsläufig verbunden ein Absinken in der Bewertung der Einzelperson.

Macht ist mit dem Wesen des Staates untrennbar verbunden. Die Einrichtung, in der sich staatliche Macht am sinnfälligsten und eindrucksvollsten äußert, ist das Heer. So wurde der Militarismus zum beherrschenden Faktor im Denken und Fühlen der breitesten Volksschichten. Nach der Gründung des Kaiserreiches unter preußischer Führung wandelte sich allmählich der Staat aus einem ursprünglich lebendig gefügten und geführten Wesen mehr und mehr in eine souveräne Maschine. Die großen äußeren Erfolge, die, wenn auch historisch gesehen, nur für kurze Zeit dem Bismarckschen Reich, seiner Auffassung vom Staat und der Macht — ich erinnere an das Wort von Blut und Eisen — beschieden waren, die schnell zunehmende Industrialisierung, die Zusammenballung großer Menschenmassen in den Städten und die damit verbundene Entwurzelung des Menschen machten den Weg frei für das verheerende Umsichgreifen der materialistischen Weltanschauung.

Die materialistische Weltanschauung hat zwangsläufig zu einer weiteren Ueberhöhung des Staats- und Machtbegriffs, zur Minderbewertung der ethischen Werte und der Würde des Einzelmenschen geführt. Die materialistische Weltanschauung des Marxismus hat zu dieser Entwicklung in Deutschland in sehr großem Umfange beigetragen. Wer eine Zentralisation der politischen und der wirtschaftlichen Macht beim Staat oder bei einer Klasse erstrebt, wer demzufolge das Prinzip des Klassenkampfes vertritt, ist ein Feind der Freiheit der Einzelperson. Er bereitet zwangsläufig den Weg der Diktatur im Fühlen und Denken seiner Anhänger vor, wenn schließlich auch ein anderer den so vorbereiteten Weg der Diktatur beschreitet. Daß diese Entwicklung zwangsläufig ist, zeigt die Geschichte solcher Staaten, in denen Karl Marx der Messias und seine Lehre das Evangelium ist.

Der Nationalsozialismus war nichts anderes als eine bis ins Verbrecherische hinein vorgetriebene Konsequenz der sich aus der materialistischen Weltan-

schauung (benden Anbetung der Macht und Mißachtung, ja Verachtung des Wertes der Einzelperson. In einem Volk, das so erst durch die preußische überspitzte und vertriebene Auffassung vom Staat, seinem Wesen, seiner Macht, den ihm geschuldeten unbedingten Gehorsam, dann durch die materialistische Weltanschauung geistig und seelisch vorbereitet war, konnte sich verhältnismäßig schnell eine Lehre durchsetzen, die nur den totalen Staat und die willenlos geführte Masse kannte, eine Lehre, nach der die eigene Rasse die Herrenrasse und das eigene Volk das Herrenvolk ist und die anderen Völker minderwertig, zum Teil vernichtungswürdig sind, nach der aber auch in der eigenen Rasse und im Volk der politische Gegner um jeden Preis vernichtet werden mußte.

Diese Auffassung von der Vormacht, von der Allmacht des Staates, von seinem Vorrang vor der Würde und der Freiheit des Einzelnen widerspricht dem christlichen Naturrecht. Darum hat auch der Nationalsozialismus in denjenigen katholischen und evangelischen Kreisen Deutschlands, die am wenigsten dem Marxismus verfallen waren, den stärksten Widerstand gefunden. Wir von der CDU, von der Christlich Demokratischen Union, wollen die Grundsätze des christlichen Naturrechts wiederherstellen. Nach der dem Programm unserer Partei zugrunde liegenden Auffassung ist die Person dem Dasein und dem Range nach vor dem Staat: an ihrer Würde, Freiheit und Selbständigkeit findet die Macht des Staates sowohl ihre Grenze wie ihre Orientierung. Freiheit der Person ist nicht Schrankenlosigkeit und Willkür. Sie verpflichtet jeden beim Gebrauch seiner Freiheit, immer eingedenk zu sein der Verantwortung, die jeder einzelne für sein Volk und für seine Mitmenschen trägt. Der Fundamentalsatz des Programms unserer Partei, der Satz, von dem alle Forderungen unseres Programms ausgehen, ist ein Kerngedanke der christlichen Ethik: die menschliche Person hat eine ihr von Gott verliehene einzigartige Würde, und der Wert jedes einzelnen Menschen ist unersetzlich.

Aus diesem Satz ergibt sich eine Staats-, Wirtschafts- und Kulturauffassung, die neu ist gegenüber den in Deutschland seit langem üblichen. Nach dieser Auffassung haben der Staat, die Wirtschaft und die Kultur eine dienende Funktion gegenüber der Person. Die materialistische Weltanschauung macht den Menschen unpersönlich, zu einem kleinen Maschinenteil in einer ungeheuren Maschine. Darum lehnen wir sie mit der größten Entschiedenheit ab. Sinn des Staates ist es, die schaffenden Kräfte des Volkes zu wecken, zusammenzuführen, zu pflegen und zu schützen. Das ganze Volk soll zu Verantwortungsbewußtsein und zur Selbständigkeit erzogen werden. Der Staat soll sein eine auf Recht und auf Freiheit ruhende Schicksalsgemeinschaft verantwortlicher Personen, die die verschiedenen Interessen, Weltanschauungen und Meinungen zusammenfaßt. Wir wollen Erziehung, aber nicht zu der Bereitwilligkeit, sich kontrollieren und führen zu lassen, sondern zu dem Willen und zu der Fähigkeit, sich als freier Mensch verantwortungsbewußt in das Ganze einzuordnen. Diese Erziehung kann nur dann Erfolg haben, wenn sie in christlichem und demokratischem Geiste geschieht. Sie soll insbesondere auch allen jüngeren Menschen den Zugang zu ihnen bisher verschlossenen, jedoch allgemein gültigen menschlichen Ueberzeugungen und Haltungen öffnen.

In der heimatlosen, durcheinander geschobenen, atomisierten Masse, als die sich jetzt unser Volk darstellt, muß jedes Einzelwesen angesprochen und zu Selbstbewußtsein und Verantwortungsgefühl zu sich selbst in die jedem Menschen eigene Tiefe geführt werden. Wie weit das gelingt, ist heute die Schicksalsfrage unseres Volkes und nicht etwa die Frage, wieviel und welche der wenigen uns noch verbliebenen Betriebe sozialisiert oder wieviel Hektar Land enteignet werden sollen. Es ergeben sich aus unserer Grundeinstellung folgende Sätze für das Verhältnis zwischen Einzelperson und Staat:

Der Staat besitzt kein schrankenloses Recht; seine Macht findet ihre Grenze an der Würde und den unveräußerlichen Rechten der Person. Die Mehrheit hat kein willkürliches und uneingeschränktes Recht gegenüber der Minderheit. Auch die Minderheit hat Rechte und hat Pflichten. Gleiches Recht, Rechtssicherheit und Gerechtigkeit für jeden, Recht auf politische und religiöse Freiheit, An-

Anerkennung der grundlegenden Bedeutung der Familie für das Volk, Recht der Frau auf freie Betätigung im beruflichen und öffentlichen Leben.

Die Demokratie erschöpft sich für uns nicht in der parlamentarischen Regierungsform oder gar in der Herrschaft einer Mehrheit über eine Minderheit. Demokratie muß mehr sein als parlamentarische Regierungsform: sie ist eine Weltanschauung, die ebenfalls wurzelt in der Auffassung von der Würde, dem Werte und den unveräußerlichen Rechten eines jeden einzelnen Menschen, die das Christentum entwickelt hat. Demokratie muß diese unveräußerlichen Rechte und den Wert eines jeden einzelnen Menschen achten im Staatswesen, im wirtschaftlichen und im kulturellen Leben. Wer wirklich demokratisch denkt, muß sich immer leiten lassen von der Achtung vor dem anderen, vor seinem ehrlichen Willen und Streben.

Wir sind christliche Demokraten, weil wir der tiefen Ueberzeugung sind, daß nur eine Demokratie, die in der christlich-abendländischen Weltanschauung, in dem christlichen Naturrecht, in den Grundsätzen der christlichen Ethik wurzelt, die große erzieherische Aufgabe am deutschen Volk erfüllen und seinen Wiederaufstieg herbeiführen kann.

Wir nennen uns Union, weil wir alle diejenigen, die auf diesem Boden stehen, in politischer Arbeit zusammenführen wollen. Die christlichen Bekenntnisse haben in ihrer Grundauffassung soviel Gemeinsames, daß es eine Sünde am deutschen Volke wäre, wenn man diese christlichen Kräfte in einer solchen Zeit nicht zu gemeinsamer Arbeit zusammenfassen würde. Es gibt deutsche Kreise, die meinen, es sei nicht nötig, in unserem Namen das Wort „christlich“ zu führen. Die Sozialdemokratie empfindet es nach Herrn Dr. Schumacher fast als beleidigend für die anderen Parteien, daß wir uns christlich nennen. Er sagt, wir unterstellten damit anderen Parteien, sie seien weniger christlich oder gar christentumsfeindlich. Nein, das tun wir nicht. Aber wir tun folgendes: Wir bauen auf auf den ethischen Grundsätzen des Christentums. Und ich glaube, wir alle würden uns von Herzen freuen, wenn die Sozialdemokratie erklären würde, daß sie das auch tun wolle. (Beifall.)

Es ist nicht zufällig und nicht ohne inneren Grund, daß sich in Holland, in Belgien, in Frankreich, in Italien, in Oesterreich und in Deutschland Parteien gebildet haben, die auf christlichen Grundsätzen sich aufbauen und das auch in ihrem Namen zum Ausdruck bringen. Es ist doch so, die Geschichte der letzten Jahrhunderte hat es eindeutig gezeigt: nur die Befolgung christlicher Grundsätze vermag die Menschheit vor dem Rückfall in schlimmste Barbarei, ja vor der Selbstvernichtung zu retten. Für Deutschland kommt noch eins hinzu: Deutschland ist eines der religionslosesten und unchristlichsten Völker Europas. Das war es schon vor 1914. So haben sich in Deutschland Parteien gebildet, die bewußt und gewollt das Christentum ablehnen. Dazu gehörte die nationalsozialistische Partei, die doch zwölf Jahre lang mit allen Mitteln versucht hat, das Christentum in Deutschland zu unterdrücken und auszurotten, die das öffentliche Leben in Deutschland planmäßig entchristlicht hat. Dazu gehörte früher die deutsche Sozialdemokratie; dazu gehört jetzt der Kommunismus. Die SPD. betont zwar jetzt, daß sie nicht christentumsfeindlich sei, sie ist aber sicherlich auch nicht besonders christentumsfreundlich. Es ist doch bezeichnend, wenn sich in ihr religiös eingestellte Mitglieder zu einer besonderen Gruppe zusammenschließen müssen. Das kann doch nur daran liegen, daß sie sich vereinzelt fühlen und daß diese Mitglieder der SPD. fürchten, ohne engeren Zusammenschluß einflußlos zu bleiben. Es liegt auf der Hand, daß sich als Gegenpol zu solchen, dem Christentum ablehnend gegenüber stehenden Parteien in Deutschland Parteien bilden, die auf dem Christentum fußen und die das auch betonen.

Ich füge noch eine entscheidende Tatsache an, die es notwendig macht, daß eine große Partei sich zusammenfindet und bildet auf dem Boden des Christentums: das deutsche Volk ist zurzeit in einem derartigen geistigen und seelischen Zustand, es ist derartig alles, schlechthin alles bei ihm zusammengebrochen, die Erziehung der jüngeren Generation ist so vernachlässigt, es ist eine solche materielle Not, daß man schon die tiefsten Kräfte, die in jedes

Menschen Se. wohnen, erwecken muß, und das sind die religiösen, um es wieder der Gesellschaft entgegenzuführen. In erster Linie ist das die Sache der Kirchen, aber bei unseren chaotischen Zuständen überschneiden sich noch mehr als sonst öffentliches Leben und religiöse Bereiche. Das deutsche Volk muß in seinem ganzen Denken und Fühlen umerzogen werden. Das ist auch eine wesentliche Aufgabe der politischen Parteien. Diese Aufgabe kann aber nur von einer weltanschaulich fundierten Partei wirklich gelöst werden.

Ich komme zum wirtschaftlichen und sozialen Leben. Wir stellen hierfür folgende Grundsätze auf: die Wirtschaft hat der Bedarfsdeckung des Volkes zu dienen. Die Wirtschaft soll dem Menschen dienen, nicht der Mensch der Wirtschaft. Unsere grundsätzliche Auffassung verbietet es uns, als Sinn der Wirtschaft das ungehemmte Gewinnstreben des einzelnen zu sehen. Die Wirtschaft hat sich dem Gemeinwohl unterzuordnen. Eine vernünftige Planung und Lenkung der Wirtschaft, ein ständiges Koordinieren der Kräfte ist unerlässlich. Dies geschieht am besten in Selbstverwaltungskörperschaften, in denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und unbeteiligte Konsumenten gleichberechtigt vertreten sind. Wir wollen Beteiligung der Arbeiterschaft an Führung der Wirtschaft und an Verantwortung für die Wirtschaft; vor allem im Rahmen der genannten Selbstverwaltungskörperschaften, aber auch in den großen anonymen Kapitalgesellschaften, in denen das Eigentumsrecht mehr oder weniger an Einfluß hinter dem Direktionsrecht zurücktritt. Wir wollen weiter Beteiligung der Arbeiterschaft am Ertrag, gerechten Ausgleich zwischen Unternehmer und Arbeiter. Für uns ist der Arbeitsvertrag nicht ein rein schuldrechtliches Verhältnis, sondern ein Gemeinschaftsvertrag. Der Arbeiter verkauft seine Arbeit nicht als Ware, wie es der Anschauung des Hochkapitalismus und auch der Anschauung des ökonomischen Materialismus entspricht; er geht vielmehr mit dem Unternehmer ein Gemeinschaftsverhältnis ein. Diese Auffassung steht in engem Zusammenhang mit unserer Ansicht über das Zustandekommen des wirtschaftlichen Ertrages. Das Kapital und der unternehmerische Geist können nicht ohne die Arbeit, und die Arbeit kann nicht ohne das Kapital und die schöpferische Initiative des Unternehmers bestehen. Hierin liegt die sittliche Grundlage für eine gerechte Verteilung des Arbeitsertrages. Unsere Auffassung von der Freiheit und der Würde der Einzelperson verbietet eine die wirtschaftliche oder die politische Freiheit gefährdende Zusammenballung wirtschaftlicher Macht an einzelnen Stellen, sei es an privaten oder öffentlichen Stellen.

Daß der Staat, der die politische Macht hat, gleichzeitig ein besonders grausamer und harter Arbeitnehmer sein kann, hat uns das nationalsozialistische Regime zur Genüge bewiesen. Verstaatlichung der Produktionsmittel ist in unseren Augen deshalb nicht unbedingt und immer mit sozialem Fortschritt gleichzusetzen. Solange die deutsche Wirtschaft nicht frei ist, kann im übrigen die Frage der Vergesellschaftung kaum praktisch werden. Um auch nicht kapitalkräftigen, aber arbeitsfreudigen Menschen eine unternehmerische Betätigung zu ermöglichen, wollen wir, daß das Genossenschaftswesen stark gefördert wird. Wir legen dem Ausbau und der Pflege des genossenschaftlichen Gedankens eine sehr große Bedeutung bei. Besonders ist für uns wichtig der Neubau des deutschen Gewerkschaftswesens; die Zusammenfassung der Arbeiterschaft in parteipolitisch neutralen Gewerkschaften wird von uns begrüßt, aber, ich möchte das Wort „in parteipolitisch neutralen Gewerkschaften“ zweimal unterstreichen.

Bei der Kohle handelt es sich um einen wirtschaftlichen Grundstoff von entscheidender Bedeutung. Daher erstreben wir die möglichst baldige Vergesellschaftung der Bergwerke. Die Sicherung der wirtschaftlichen und politischen Freiheit des einzelnen wie der Gesamtheit verlangt die Anerkennung des Privateigentums. Das Eigentumsrecht verdient den gleichen Schutz und erleidet die gleichen Einschränkungen wie andere Rechte. Es hat zu weichen gegenüber einem nach ethischen Grundsätzen höheren Recht. Mäßiger Besitz möglichst vieler ist eine wesentliche Sicherung des demokratischen Staates. Der Erwerb mäßigen Besitzes ist daher nach Möglichkeit zu fördern. Das gilt besonders auch für den Erwerb eines Eigenheims mit Garten. Weil beim Hand-

werker, beim Bauern, beim Mittel- und Kleinbetrieb die Forderung nach einer größeren Freiheit der Arbeit und der Leistung für Arbeitnehmer wie für Arbeitgeber aus der inneren Struktur heraus leichter zu verwirklichen ist, verlangen wir für sie eine besondere Förderung. Der Handarbeiter, der Handwerker der Bauer darf sich nicht der Erkenntnis verschließen, daß Würde nicht nur in der Arbeit liegt, die Materie verwandelt und wirtschaftliche Werte unmittelbar erzeugt, sondern auch in der Arbeit, die dem Geiste dient und geistige Werte schafft.

Ein Wort zum Berufsbeamtentum. Ich bin der Ansicht, daß das Berufsbeamtentum von Schlacken zu befreien ist. Es ist uns aber ein Bedürfnis festzustellen, daß wir das Berufsbeamtentum für unentbehrlich beim Neuaufbau halten. Experimente in dieser Richtung lehnen wir als gefährlich ab.

Ich gehe über zur Auswirkung unserer Grundeinstellung auf die kulturelle Arbeit. Wir wollen, daß unsere Kultur zurückfindet zu ihrer Grundlage, zur christlich-abendländischen Kultur, deren Kern die hohe Auffassung von der Würde der Person ist. Der Schule und der Erziehung, die während der nationalsozialistischen Zeit so vernachlässigt worden sind, gilt unsere besondere Sorge, weil wir trotz aller wirtschaftlichen Not nur in wahrhaft guten Schulen allein die Art, die das Wissen und die Erziehung des Charakters in gleicher Weise pflegen, das Heil des deutschen Volkes erblicken. Auf allen Gebieten macht sich infolge der geistigen Oede der letzten zwölf Jahre und der Verluste, die der Krieg gebracht hat, ein erschreckender Mangel an wirklich tüchtigen und auf ihrem Gebiete führenden Menschen bemerkbar. Trotz der wirtschaftlichen Not wird der Staat den über dem Durchschnitt Begabten materielle Hilfe zum Wege ihres Aufstiegs geben müssen. Es besteht sonst die große Gefahr, daß das deutsche Volk tief unter das Niveau sinkt, das es früher einmal eingenommen hat.

Die Regelung der Volksschulfrage hat in der Vergangenheit zu erbitterten Kämpfen der Parteien geführt, bis es zu einer vorläufigen Verständigung gekommen ist, die durch die Zustimmung der sozialdemokratischen preußischen Landtagsfraktion zu dem Preußischen Konkordat vom Jahre 1929 und die darauf folgende Verständigung mit der evangelischen Kirche in Deutschland auch nach außen hin ihren sichtbaren Ausdruck fand. Die sich auf diese Verständigung gründende bekenntnismäßige Schule hat die nationalsozialistische Regierung im Jahre 1939 durch Einführung der sogenannten deutschen Einheitsschule unter Bruch des Rechts beseitigt. Auf allen anderen Gebieten werden die Rechtsbrüche, die die nationalsozialistische Regierung begangen hat, wieder ausgemerzt; der frühere Rechtszustand wird wiederhergestellt. Das wollen wir auch für das Volksschulwesen. Gerade den Rechtsbruch der Nationalsozialisten zu sanktionieren, der von den breitesten Schichten der Bevölkerung als besonders schwer empfunden wird, ist nicht richtig. Darum verlangen wir Wiederherstellung der bekenntnismäßig gegliederten Volksschule als Regelschule entsprechend dem früheren Gesetz. Und dieser frühere Rechtszustand muß bleiben, bis einmal ein freigeschafftes Parlament auf verfassungsmäßigem Wege dazu Stellung nimmt. Für eine Neuregelung, die durch ein gewähltes Parlament etwa vorgenommen wird, fordern wir, daß der Wille der Erziehungsberechtigten, der Eltern, über die weltanschauliche Gestaltung der Volksschule entscheiden soll. Die Erziehung ist bei der Volksschule wesentlicher als die Vermittlung von Wissen. Für die Erziehung der Kinder sind aber in erster Linie die Eltern verantwortlich und nicht der Staat. Ihr Wille muß daher entscheidend sein über die Art und das Wesen der Schule.

Die britische Militär-Regierung hat es für notwendig erachtet, daß diejenigen Eltern, die ihre Kinder einer konfessionellen Volksschule zuführen wollen, dies durch Stimmabgabe bekunden sollen. Ich glaube, meine Damen und Herren, daß bei dieser Entschließung die britische Militär-Regierung, durch die also nicht ohne weiteres, nicht ohne Abstimmung, der frühere Rechtszustand wiederhergestellt worden ist, nicht unbeeinflusst gewesen ist durch sozialdemokratische Persönlichkeiten. Die Stimmabgabe hat stattgefunden. Lassen Sie mich das Ergebnis in unserem Bezirk doch kurz in Ihr Gedächtnis zurückerufen. Sie haben

in Bonn Sta 70 % der katholischen Eltern und 70 % der evangelischen Eltern, die für eine konfessionelle Schule eingetreten sind. (Beifall.)

Ähnliche große Mehrheiten gibt es in den übrigen Teilen des Regierungsbezirks. In Köln-Stadt waren es auf katholischer Seite 77 %, auf evangelischer Seite 62 %, in Düsseldorf sind zwei Drittel der Erziehungsberechtigten für die konfessionelle Schule eingetreten. Ich komme auf diese Abstimmung, die auch nach anderer Richtung doch manchen Schluß zuläßt, noch im Laufe meiner Ausführungen zurück.

Bei der Bedeutung, die das Wirken der christlichen Kirchen und aller Religionsgesellschaften für das deutsche Volk hat, ist es die Pflicht des Staates, sie zu schützen. Das vertrauensvolle Zusammenwirken von Staat, Kirchen und Religionsgesellschaften ist eine Grundforderung unseres Programms. Die staatliche Erziehung soll Achtung vor der Religion und vor den Kirchen, die kirchliche Erziehung Achtung vor dem Staat sorgfältig pflegen. Die christlichen Bekenntnisse aber sollen unbeschadet und unter voller Wahrung ihres Wesens und ihrer Eigenart im öffentlichen Leben zusammenwirken. Die größte Aufmerksamkeit werden wir in Deutschland der Ausmerzung des nationalsozialistischen und des militaristischen Geistes widmen müssen. Die aktiven Nationalsozialisten und die aktiven Militaristen, diejenigen, die für den Krieg und seine Verlängerung verantwortlich sind — dazu gehören insbesondere auch gewisse Wirtschaftsführer — müssen aus ihren Stellungen entfernt werden. Sie müssen je nach Lage des Falles von deutschen, ich wiederhole, was ich eingangs gesagt habe, von deutschen Gerichten bestraft, ihr Vermögen muß ganz oder teilweise beschlagnahmt werden. Das Elend, das sie über Deutschland, über die ganze Welt gebracht haben, schreit zum Himmel! Deutsche Gerichte sollen ihnen das Urteil sprechen. Die nationalsozialistischen Konjunkturgewinne und die Kriegsgewinne müssen eingezogen werden. Aber wir wollen nur den treffen, der wirklich schuldig ist. Die Mitläufer, diejenigen, die nicht andere unterdrückten, die sich nicht bereicherten, die keine strafbaren Handlungen begangen haben, die soll man nunmehr endlich in Ruhe lassen. (Starker Beifall.)

Eine ernste Sorge sind für uns die Altersjahrgänge, die ihre Ausbildung und Erziehung ganz oder zum größten Teil unter der Herrschaft des Nationalsozialismus erhalten haben. Man muß sich einmal vor Augen führen, daß der heute Zweiundzwanzigjährige 1933 erst zehn Jahre alt war. Zunächst ist ihre berufliche Ausbildung schlecht infolge des Krieges und der Vernachlässigung der Schule durch den Nationalsozialismus. Daher sind ihre Aussichten für die Zukunft besonders trübe. Wir müssen versuchen, dem abzuhelfen. Vor allem besitzen sie eine völlig falsche politische Sicht. Die Altersjahrgänge, um die es sich hier handelt — sie gehen bei Männern und Frauen bis über das 30. Lebensjahr hinaus — werden verhältnismäßig bald die Träger des politischen Lebens in Deutschland sein; ihre Einstellung, ihre Denkungsart wird maßgebend werden. Es ist völlig abwegig, ihnen heute Vorwürfe zu machen. Die Altersjahrgänge, um die es sich hier handelt — sie gehen bei Männern und Frauen bis über das 30. Lebensjahr hinaus — werden verhältnismäßig bald die Träger des politischen Lebens in Deutschland sein; ihre Einstellung, ihre Denkungsart wird maßgebend werden. Es ist völlig abwegig, ihnen heute Vorwürfe zu machen. Sie haben alle die Jahre hindurch in politischer Hinsicht nichts gehört als das, was der Nationalsozialismus ihnen sagte. Wie kann ein vernünftiger Mensch da von ihnen eine große politische Urteilsfähigkeit verlangen, da sie ja noch Kinder waren, als der Nationalsozialismus die Macht an sich riß. Es ist ganz falsch, nach einer Bestrafung zu rufen, wie es sogar von deutschen Stellen geschieht. Es gibt nur ein Mittel gegen diesen Geist — und das ist Aufklärung und Belehrung. Man muß sie darüber aufklären, was Nationalsozialismus und seine Führer in Wirklichkeit waren, ihnen zeigen, daß die heutige Situation Deutschlands, ihre eigene traurige Lage eine Folge der nationalsozialistischen Politik und der autoritativen deutschen Stellen planmäßig und ruhig, nicht parteiagitorisch erfolgen, sonst erreicht man nichts. Bei dieser Aufklärung nicht nur der Studenten müssen unsere Universitäten und Hochschulen aller Art, führende Männer und Frauen aller Richtungen mitwirken. Strafe für den, der Schuld hat, aber Belehrung und Aufklärung für die weiten Kreise unseres Volkes, die ohne eigene Schuld planmäßig irregeleitet worden sind.

Noch ein Wort zu der Zugehörigkeit jüngerer Männer zu nationalsozialistischen Organisationen. Ich meine, es entspricht dem Grundsatz der natürlichen Gerechtigkeit, hier mit besonders mildem Maßstab zu messen. Es ist ein Unding, einen jungen Menschen heute ins soziale Elend zu stürzen, weil er als Kind hinter einer Maultrommel und einem Wimpel hergelaufen ist und vielleicht sogar dabei Häuptling einer Jungenhorde gewesen ist. (Beifall.) Ich würde es begrüßen, wenn die britische Militär-Regierung besondere Anweisung für die Behandlung der Jüngeren in dieser Beziehung erteilen würde.

Ueber die Beseitigung der unmittelbaren Kriegsschäden hat die Christlich Demokratische Union Ihnen folgendes zu sagen: Wir wollen einen billigen Ausgleich der Kriegsschäden. Es handelt sich dabei um eine so elementare Forderung der Gerechtigkeit, daß ich zur Begründung nichts zu sagen brauche. Ich weise auf folgendes hin: wenn man durch die britische Zone fährt oder wenn man nach Süddeutschland kommt, so sieht man weite Strecken Landes, die völlig vom Krieg unberührt geblieben sind. Es ist ein gerechter Ausgleich zwischen ihnen und den zerstörten Gebieten notwendig. (Beifall.)

Lassen Sie mich ein Wort sagen zu unseren Flüchtlingen. Wir wollen Hilfe und Sorge für sie in jeder Richtung. Sie sind aus allem herausgerissen; vielfach besitzen sie überhaupt nichts mehr. Die Sorge für sie ist ebenso ein Gebot christlicher Barmherzigkeit und Nächstenliebe wie politischer Klugheit, um das Ueberhandnehmen asozialer Elemente zu verhindern.

Wenn wir an den Wiederaufbau unserer zerstörten Städte und Ortschaften und industriellen Unternehmungen gehen, dann wollen wir lernen aus den Fehlern der Industrialisierung, des Entstehens unserer großen Städte. Die Zusammenballung großer Menschenmassen auf engstem Raum darf sich unter keinen Umständen wiederholen, und ebenso wenig darf die sich daraus ergebende Wertsteigerung des Grund und Bodens einzelnen zugute kommen. Ich erblicke seit vielen Jahren in dieser verfehlten Boden- und Siedlungspolitik der früheren Zeit eine der Hauptquellen für die Entwurzelung und materialistische Einstellung unseres Volkes. Hier sehe ich eine bodenreformerische Aufgabe größten Ausmaßes von vitalster Bedeutung für die Zukunft unseres Volkes.

Lassen Sie mich einige Worte zu Ihnen sagen über unsere Ernährung, über unsere zukünftige Wirtschaft und über unsere zukünftigen Grenzen. Ich weiß, daß eine Kritik an den Anordnungen der Besatzungsmächte nicht gestattet ist, aber gestattet ist wohl, Tatsachen zu sagen, Tatsachen, meine Damen und Herren, die selbst von den verantwortlichen Stellen der Besatzungsmächte gesagt werden.

Ich möchte zunächst zu der Grenzziehung im Osten, wie sie augenblicklich ist, etwas sagen: Die Grenze Deutschlands im Osten wird erst endgültig gezogen werden in dem später einmal kommenden Friedensvertrag. Wie sieht es aus? Dadurch, daß im Osten und daß aus den im Osten an Deutschland angrenzenden Ländern Deutsche zu vielen Millionen vertrieben sind, sind dort leere Räume, mitten in Europa menschenleere Räume, entstanden, und man sucht krampfhaft nach Menschen, die diese Räume bearbeiten und ausfüllen können. Und auf der anderen Seite werden in das verkleinerte Deutschland, das nach den eigenen Angaben der Alliierten auch bei größter Ausnutzung des Bodens höchstens 40 Millionen ernähren kann, 65 Millionen hineingepreßt. Nun, es liegt ja auf der Hand, daß diese 25 Millionen entweder sterben müssen, oder aber daß Deutschland ein derartiges Industriepotential bekommt, daß es diese 25 Millionen kleiden und ernähren kann durch Export seiner Arbeitsprodukte. Wie steht es zurzeit? Es ist ein Plan aufgestellt und veröffentlicht worden in der jüngsten Zeit über das zukünftige Industriepotential Deutschlands. Dieser Plan genügt in keiner Weise, um die 25 Millionen zu ernähren und zu kleiden. Und dieser Plan beruht nach der eigenen Erklärung seiner Verfasser auf der Annahme einer wirtschaftlichen Einheit Deutschlands.

Wie steht es mit dieser wirtschaftlichen Einheit? Die Grenzen zwischen den Zonen sind viel schärfer und viel härter, als sie noch vor sechs oder acht Monaten waren. Und der eiserne Vorhang, hinter dem sich die russische Zone verbirgt, ist undurchdringlich geworden; so daß wir also mitten in Europa auf

der einen Se am Osten, wenn die Grenzziehung so bleibt, wie sie augenblicklich ist, man leere Räume haben und auf der anderen Seite über-völkerte Gebiete, nicht leben und nicht sterben können. Ich erblicke darin eine Gefahr für ganz Europa, und ich glaube, gerade vom europäischen Standpunkt aus müssen die Alliierten die Grenzen Deutschlands nach Osten zu weiter verschieben, als sie zurzeit vorläufig gezogen sind. (Starker Beifall.) Auf unsere Westgrenze komme ich zum Schluß meiner Ausführungen zurück.

Lassen Sie mich jetzt einige Ausführungen machen über unser Verhältnis zur Sozialdemokratischen Partei. Als Partei muß man sich mit einer großen Nachbarpartei auseinandersetzen. Aber man sollte das ohne Polemik tun in einer Zeit, in der das deutsche Volk vor allem braucht Einigkeit und Vermeidung alles dessen, was es trennen könnte. (Lebhafter Beifall.) Von dieser Ueberzeugung geleitet haben im September vergangenen Jahres Vertreter der SPD. und der CDU. sich in Godesberg zusammengefunden und haben ein dahingehendes Abkommen getroffen. Das Abkommen ist von der SPD. nicht gehalten worden. Und ich bin es unserer eigenen Selbstachtung, der Achtung unserer Partei schuldig, zu den Angriffen, die von Herrn Dr. Schumacher erfolgen, der partei-mäßig als der Beauftragte der SPD. für die drei westlichen Zonen bezeichnet wird, Stellung zu nehmen. Ich bin um so mehr dazu verpflichtet, weil die Behauptungen, die er über uns in allen seinen Reden, hier in Bonn, in Köln, in Stuttgart, in Hamburg, in Hannover, in Halle, wo er immer redet, aufstellt, für uns in höchstem Maße beleidigend sind. Ich bedaure diese Ausführungen. Ich erkläre ausdrücklich für unsere Partei, daß wir jederzeit bereit sind, auf den Boden des Godesberger Abkommens zurückzukommen, sobald auch die Sozialdemokratische Partei ihre Bereitschaft dazu erklärt und durch die Tat zeigt.

Ich habe in der Hauptsache an den Ausführungen Dr. Schumachers folgende beiden Hauptsätze zu beanstanden: Er sagt, die CDU. sei keine weltanschauliche, sondern eine reine Besitzverteidigungspartei, die sich des Christentums nur als Tarnung für die wirklichen Zwecke bediene. (Pfui-Rufe.) Das ist in höchstem Maße beleidigend. Ich glaube, wenn ein Angehöriger der Sozialdemokratischen Partei von einem Führer unserer Partei etwa Ausführungen hörte wie folgende: Ihr nennt euch Sozialdemokraten? Ihr seid ja weder sozial, noch seid ihr Demokraten, ihr seid nur Opportunisten, ihr wollt ja nur die Macht, ihr wollt ja nur eure Leute in Stellungen hineinbringen, — welches Echo würde auf sozialdemokratischer Seite gegenüber solchen Ausführungen ertönen?

Der zweite Punkt in den Ausführungen des Herrn Dr. Schumacher, den ich beanstanden muß, ist folgender: Er sagt, die SPD. habe in Deutschland den Führungsanspruch, weil sie allein von allen Parteien seit 80 Jahren die Prinzipien des Friedens und der Demokratie hochgehalten habe. Weil der bürgerliche Kapitalismus dem Nationalsozialismus zur Macht verholfen habe, sei der Sozialismus die einzige Rettung. Wenn Herr Dr. Schumacher sagt, die CDU. sei eine reine Besitzverteidigungspartei, der eigentliche Beweggrund, ich zitiere wörtlich, ihrer Existenz seien die wirtschaftlichen Interessen derjenigen, die noch etwas hätten und von ihrem Besitz möglichst nichts abgeben wollten, der Geist derjenigen herrsche bei uns, die Deutschland zugrunde gehen lassen würden, wenn nur das eigene Portemonnaie geschont würde, dann glaube ich, erübrigt sich fast jedes Wort der Entgegnung. Nur eines muß ich sagen: daß Herr Dr. Schumacher derartige Ausführungen macht, trotzdem gerade in denjenigen Teilen Deutschlands, in denen die CDU. ihre Hauptmitglieder sitzen hat und ihre Hauptanhängerschaft hat und die am meisten verwüstet sind, die viel mehr gelitten haben als viele Landesteile, in denen die SPD. ihre meisten Anhänger hat, das setzt doch eigentlich der ganzen Sache die Krone auf!

Und was nun den Führungsanspruch angeht, den Herr Dr. Schumacher für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erhebt, dazu habe ich folgendes zu sagen. Uebrigens, meine Damen und Herren, das Wort Führer und Führung ist mir furchtbar unsympathisch. (Beifall.) Ich habe es schon neulich in Köln gesagt man soll lieber die Sache so formulieren: Welche Partei soll die größte

Verantwortung in Deutschland haben? Denn nur dar handelt es sich, Verantwortung für Deutschland, für das ganze Volk. Sein Anspruch begründet Dr. Schumacher mit Argumenten, die außerordentlich gefas sind für die Zukunft und die eine Geschichtsklitterung größten Ausmaßes darstellen. Er sagt, die Sozialdemokratie habe allein von allen Parteien seit 80 Jahren die Prinzipien des Friedens und der Demokratie vertreten. Die bürgerlichen Parteien, das sind alle mit Ausnahme der SPD. und der KPD., seien Vertreter des Kapitalismus und mit ihrer Politik restlos zusammengebrochen, und weil allein die von der Sozialdemokratie vertretenen Prinzipien sich bewährt hätten, darum gebühre der SPD. auch die Führung in Deutschland. Solche Aeüßerungen werden in der britischen Zone in der Oeffentlichkeit und auch in zahlreichen Begegnungen, die sozialdemokratische Funktionäre mit Vertretern der britischen Militär-Regierung haben, immer wieder wiederholt. Herr Dr. Schumacher fügt weiter hinzu, daß der Begriff der Demokratie heute nicht weiter reiche als die Sozialdemokratie. Er sagt ferner, es könne gar kein Zweifel daran bestehen, daß die stärkste Partei in Deutschland heute die Sozialdemokratische Partei sei. Ja, meine Damen und Herren, ich weiß nicht, ob alle diese Behauptungen wirklich zutreffen. Zunächst ist es nicht richtig, daß der Kapitalismus den Nationalsozialismus ins Leben gerufen hat. Die hohen Militärs, das steht fest, haben den Nationalsozialismus ins Leben gerufen, und der Nationalsozialismus verdankt ihnen den militärischen Aufbau und die militärische Organisation, die ihm so große Vorteile gebracht hat. Der Nationalsozialismus ist zuerst finanziert worden durch die Schwarzen Fonds der Reichswehr, der Reichswehr, die auch sozialdemokratische Reichsminister und der hochverehrte Reichspräsident Ebert mit größter Zartheit und mit größtem Respekt immer behandelt haben. Die kapitalistischen Kreise und die Leute, die Geld hatten, die haben erst den Nationalsozialismus unterstützt, als er vom Militarismus, von den militärischen Kreisen die Approbation bekommen hatte. Also deswegen kann man gar nicht sagen, die Bürgerlichen haben den Nationalsozialismus geschaffen, sie haben nun abgewirtschaftet und müssen durch uns ersetzt werden. Wie ist es denn nun mit der Behauptung, daß die SPD. heute zweifellos die stärkste Partei in Deutschland sei?

Sie wissen, daß in Süddeutschland am 20. und 27. Januar Wahlen stattgefunden haben. Bei diesen Wahlen haben insgesamt erhalten:

die KPD.	153 000 Stimmen
die SPD.	1 127 000 Stimmen
die CDU.	1 554 000 Stimmen.

Also diese Wahlen sind nicht geeignet, die These des Herrn Dr. Schumacher, die Sozialdemokratie sei zurzeit die stärkste Partei Deutschlands, zu unterstützen.

Ich glaube auch, die Stimmabgabe, die jetzt stattgefunden hat über die Volksschule, ist auch nicht dazu angetan, die Behauptungen des Herrn Dr. Schumacher zu erhärten; jedenfalls ist sie nicht dazu angetan, für die Rheinprovinz das zu tun; denn die SPD. und die KPD. haben sich die allergrößte Mühe gegeben, die Abstimmung im Sinne der konfessionellen Volksschule möglichst in ihrem Sinne ausfallen zu lassen. Sie haben immer wieder dafür geworben, nicht dafür zu stimmen. Und nun zeigt diese Abstimmung doch auf alle Fälle: die weitgehende, zum Teil überwältigende Mehrheit der Erziehungsberechtigten hat den Aufforderungen der SPD. auf diesem Gebiete keine Folge geleistet. Ich meine, man kann daraus mit Recht Schlüsse ziehen, und ich hoffe, daß daraus auch die Schlüsse gezogen werden, und zwar sowohl von der SPD. wie auch von der britischen Militär-Regierung. Ich hoffe, daß die SPD. ihre Pflöcke etwas zurücksteckt und ihre Machtansprüche und ihre Ansprüche auf die Besetzung leitender Stellen zurücksteckt. Ich hoffe auch, daß die britische Militär-Regierung aus der Abstimmung ersieht, daß es nicht richtig ist, daß die SPD. die stärkste Partei hier sei und daß sie demzufolge auch die Christlich Demokratische Union stärker berücksichtigt, als sie das bisher getan hat. (Sehr gut). Ich hoffe, daß sie das nicht nur tut bei der Besetzung maßgebender Stellen, sondern auch vor allem bei der Regelung des Zeitungswesens, das sie vorge-

nommen hat. (Sehr starker Beifall.) Es ist ein Unding, daß bei uns im Westen die KPD., die hier verhältnismäßig sehr wenig Anhänger hat, genau so viel Papier für Zeitungen zugewiesen erhält wie wir, die wir die Mehrheit haben. (Lebhafter Beifall.) Ich darf also wohl, gestützt auf das Ergebnis dieser Abstimmung, die ebenso herzliche wie dringende Bitte an die britische Militärregierung richten, daß sie in Zukunft die Interessen der Volkskreise, die sich zur CDU. bekennen, entsprechend stark berücksichtigt. (Beifall.)

Ich muß mich zum Programm der Sozialdemokratischen Partei wenden. Es ist das wichtig, weil sie ja doch eine große Partei in Deutschland ist und bleibt und weil das, was sie als ihr Programm aufstellen wird, auch für uns große Bedeutung hat, weil keine Partei in Deutschland, auch wenn sie die Mehrheit bekommen sollte — das gilt auch für uns, für die CDU. —, allein die Verantwortung übernehmen kann, weil Deutschland nur wieder in die Höhe kommen kann, wenn die großen Parteien sich auf einer mittleren Linie einigen und zusammenhalten. (Beifall.)

Herr Dr. Schumacher widmet seine Aufmerksamkeit in seinen Reden ja sehr oft unserem Programm, unserem, wie er es nennt, Besitzverteidigungsprogramm. Nun, um es von vornherein wegzutun und abzumachen, Herr Dr. Schumacher erklärt, daß die Sozialdemokratische Partei ja nur den großen Besitz nicht mehr haben wolle, den kleineren und mittleren Besitz wolle sie selbstverständlich ruhig bestehen lassen. Ich schließe daraus nicht, obgleich das ähnliche Formulierungen sind wie die unsrigen, daß die Sozialdemokratische Partei eine reine Besitzverteidigungspartei sei, aber ich möchte doch, weil gerade in etwa einem Monat in Hannover ein Kongreß, ein Parteitag der Sozialdemokratischen Partei für die britische Zone stattfindet, auf dem programmatische Grundsätze oder Richtlinien aufgestellt werden sollen, mir einige Fragen erlauben, und zwar folgende: Wie steht es mit dem Heidelberger Programm? Ist es aufgegeben, ist es nicht aufgegeben? Wie steht es mit der Verstaatlichung der Produktionsmittel? Wird sie verlangt, wird sie nicht verlangt? Wie ist es mit dem Privateigentum? Ich habe es schon angedeutet, daß auch nach Ansicht von Herrn Dr. Schumacher Privateigentum nicht mehr Diebstahl ist. Aber wie steht es mit dem Klassenkampf? Wird er beibehalten oder wird er nicht beibehalten? Und wie steht es mit dem Marxismus, mit der materialistischen Geschichtsauffassung?

Hier in Bonn, an dieser Stelle, hat Herr Dr. Schumacher erklärt, er sei aus der Schule des Marxismus hervorgegangen. Und in Essen hat unlängst der Vorsitzende der SPD. in einer großen Versammlung der SPD. unter großem Beifall der Versammelten erklärt, sie seien Marxisten und seien Materialisten, und sie blieben es auch. Während nun andere Führer der SPD., z. B. Professor Dr. Schmitt, der Leiter der SPD. in dem südlichen Württemberg, in einer Rede in Stuttgart, die er vor kurzem gehalten hat, alles das, was ich eben neugierig gefragt habe, mit einer Handbewegung abgetan hat und sagte, das seien alles überwundene Dinge seitens der Sozialdemokraten, hat Dr. Schumacher kurz vorher in vielen Dingen gerade etwas anderes erklärt. Ich hoffe, daß der kommende Parteitag der SPD. der britischen Zone hier Klarheit schaffen wird. Ich hoffe das auch in anderer Beziehung.

In München ist Ministerpräsident der Sozialdemokrat Högner. Herr Högner, das wird Sie sehr überraschen, was ich jetzt sage, ist eingetreten für die professionelle Schule. Aber Herr Högner — und das ist nicht erfreulich für uns — tritt ein für einen deutschen Staatenbund, nicht für einen Bundesstaat, sondern für etwas sehr viel Lockeres, für einen deutschen Staatenbund, während die Sozialdemokratische Partei in der britischen Zone absolut zentralistisch ist und einige, ich weiß nicht, wie groß diese Kreise sind, uns sogar angreifen, daß wir für einen Bundesstaat eintreten. Es gibt noch mehr so merkwürdige verschiedene Auffassungen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei, und ich würde eigentlich Herrn Dr. Schumacher empfehlen, sich in seinen Reden weniger mit uns zu beschäftigen als mit den Verhältnissen seiner eigenen Partei. Das wäre für uns alle besser und fruchtbarer, und wir brauchen ihm dann nicht

mehr zu antworten. Vor allem wäre damit der Boden wieder geebnet für eine Zusammenarbeit in der Zukunft, auf die wir dringend hoffen und auf die wir warten. (Starker Beifall.)

Ich habe eben davon gesprochen, daß der sozialdemokratische Ministerpräsident von Bayern für einen Staatenbund eintritt. Ich kann Ihnen, wie ich hoffe, zu Ihrer aller Freude mitteilen, daß unsere Gesinnungsgenossen in Bayern, die Christlich-Soziale Union, den Staatenbund ablehnen und daß sie für einen Bundesstaat eintreten, genau wie wir dafür eintreten. Diese Entscheidung ist innerhalb unserer Bruderpartei vor etwa acht Tagen in eingehender Beratung getroffen worden.

Ich kann Ihnen noch eine andere erfreuliche Mitteilung für die Zukunft unserer Bestrebungen in Deutschland machen. Am 3. April waren in Stuttgart zu einer Besprechung zusammen Vertreter der CDU. von Groß-Hessen, der CDU. Nordbaden, der CDU. Württemberg, der Christlich Sozialen Union Bayern und der CDU. der britischen Zone. Es ist dort über die Prinzipien und die grundlegenden Forderungen der verschiedenen Parteien folgendes beschlossen worden: Die Christlich Soziale Union Bayern, die CDU. Württemberg, Nord-Baden und Groß-Hessen vereinigen sich zu einer Partei, die den Namen Christliche Union führen wird. Die CDU. der britischen Zone wird ebenso wie die Christliche Union der amerikanischen Zone bei den militärischen Stellen die Zustimmung hierfür nachsuchen, daß sie sich zu einer Partei zusammenschließen können.

Alle Anwesenden waren sich weiter darin einig, daß alles gesehehen soll, damit die CDU. Berlins und der russischen Zone ebenfalls sich mit den Parteien der übrigen Zonen zusammenschließen kann.

Wir sind damit einen ganz großen Schritt weitergekommen im Aufbau unserer Partei, im Aufbau einer Klammer für das gesamte Deutschland.

Damit komme ich zu der Frage der Westgrenze Deutschlands. Soweit Sie in der Lage waren, die Entwicklung dieser Frage zu verfolgen, werden Sie gesehen haben, daß die Meinungen zwischen den Alliierten über die Frage der zukünftigen Westgrenze Deutschlands hin und her schwanken. Wir sind bisher, d. h. das deutsche Volk, zu dieser Frage nicht gehört worden. Es besteht auch zurzeit noch keine repräsentative Vertretung des deutschen Volkes, die gehört werden könnte; aber es besteht eine öffentliche Meinung in Deutschland. Und ich glaube, diese öffentliche Meinung in Deutschland hat einen berechtigten Anspruch darauf, daß sie gehört wird, wenn über das Schicksal Deutschlands entschieden wird. (Starker Beifall.) Das deutsche Volk hat trotz der Untaten des Nationalsozialismus einen Anspruch darauf, nicht allein nach dieser Epoche seiner Geschichte beurteilt zu werden. Ich glaube, wenn wir erst den Tiefstand, in den wir gekommen sind, glücklich überwunden haben, daß das deutsche Volk wieder erstehen wird zu einem europäisch gesinnten Volk und daß es im Kreise der Völker Europas Vieles und Großes wird leisten können. Europa ist nur möglich, wenn eine Gemeinschaft der europäischen Völker wiederhergestellt wird, in der jedes Volk seinen unersetzlichen, unvertretbaren Beitrag zur europäischen Wirtschaft und Kultur, zum abendländischen Denken, Dichten und Gestalten liefert. Und wir hoffen, daß einmal wieder auch der deutsche Geist im Chor der Völker seine Stimme wird erheben können. (Langanhaltender Beifall.) Wir wollen, daß Deutschland neu erstet. Wir wollen nicht das zentralistische Deutschland des Nationalsozialismus. Wir wollen auch nicht ein Deutschland unter Führung eines Preußens, das ja auch nicht mehr besteht. Wir wollen einen Bundesstaat, dessen Zentralgewalt alles das bekommt, was zum Bestehen des Ganzen vernünftigerweise nötig ist, aber auch nicht mehr als das! Wir wollen, daß die einzelnen Länder dieses Bundesstaates weitgehende eigene Verantwortung tragen auf allen Gebieten, in denen eine zentrale Verwaltung nicht erforderlich ist. Das gilt ganz besonders auch für das weite kulturelle Gebiet. Das ganze Deutschland, sowohl die Zentralverwaltung wie auch die Länderverwaltung, soll möglichst dezentralisiert werden. Es sollen von den Gemeinden her die Menschen erfaßt und zur Beteiligung an

den öffentlichen Angelegenheiten aufgerufen werden. Die Gemeinde ist für uns die Keimzelle jedes staatlichen Lebens; in ihr üben sich die politischen Kräfte, und durch sie erst, durch die Arbeit in ihr erhält der Bürger ein konkretes Staatsgefühl und ein konkretes Verantwortungsgefühl.

Wenn ich eben davon sprach, daß Deutschland wieder erstehen müsse, daß es wieder dereinst eintreten müsse als gleichberechtigtes Mitglied in den Chor der Völker, dann muß ich mich doch fragen, wenn die Forderungen Frankreichs — die wir in den letzten Tagen durch den Londoner Sender gehört haben — nach wirtschaftlicher und politischer Internationalisierung von Rhein, Ruhr und Saar durchdringen, wird dann Deutschland wieder erstehen können? Ich glaube, meine Damen und Herren, die Frage kann man nur mit Nein beantworten. (Sehr starker Beifall.) Die Abtrennung ist es ja nicht allein; man muß sich dann auch fragen, was wird denn aus den übrigen Teilen Deutschlands? Und da glaube ich, würde man mit einer solchen Abtrennung nur das Gegenteil von dem erreichen, was man erreichen will. Man würde in Europa und vor allem in Westeuropa keine friedlichen Zustände schaffen. Man würde eine friedliche Entwicklung nicht möglich machen. Verstehen Sie mich wohl, wenn ich sage, keine friedliche Entwicklung. Selbstverständlich würden nationalistische Empfindungen wieder rege werden. Aber es ist ja nicht so, als ob wir gegenüber einer militärischen Macht irgend etwas ausrichten könnten. Ich fürchte etwas ganz anderes, und zwar folgendes: Wenn man so Deutschland auch im Westen amputiert, dann wird Deutschland — jetzt gebrauche ich Ausführungen eines Schweizer Blattes — zu einem verwesenden Leichnam mitten in Europa, zu einem verwesenden Leichnam, der für ganz Europa genau so gefährlich ist, wie es ein siegreiches nationalsozialistisches Deutschland geworden wäre.

Ich verstehe und würdige absolut die Besorgnisse unserer westlichen Nachbarn, von Holland, von Luxemburg, von Belgien und Frankreich. Ich verstehe auch, daß man sie nicht damit vertrösten und beruhigen kann, daß man sagt: Deutschland ist machtlos usw. Meine Damen und Herren, alles unter der Sonne wechselt ständig, und die meisten von uns, die den Krieg 1914/18 erlebt haben, die die Besatzung erlebt haben, wissen, daß diese früher ein Ende nahm, als damals beabsichtigt war; aus dem ganz einfachen Grunde, weil die besetzenden Länder die Besatzung selbst nicht mehr wollten. Deswegen verstehe ich durchaus, daß Frankreich sich nicht damit beruhigen will, daß die augenblickliche Machtverteilung zu seinen Gunsten liegt.

Wenn man eine Lösung sucht, muß man eine konstruktive Lösung suchen, eine Lösung, die den Interessen aller Beteiligten gerecht wird und die damit das Fundament der Sicherheit in sich trägt. Ich glaube, daß sich eine solche Lösung finden läßt. Ich bin Deutscher und bleibe Deutscher, aber ich bin auch Europäer, und ich habe immer europäisch gefühlt. Meine größte Hoffnung und mein größter Wunsch ist, daß Europa, das für die ganze Welt, für die Kultur der ganzen Welt von der größten Bedeutung ist, daß dieser Erdteil endlich zur Ruhe, zum Frieden, zur gemeinsamen Arbeit kommen möge. (Starker Beifall.)

Die UNO hat in den letzten Tagen eine Feuerprobe bestanden. Sie wissen, daß wir begründete Aussicht haben, anzunehmen, daß die Spannung zwischen Rußland und den übrigen in der UNO beigelegt wird. Die UNO möge sich jetzt auch der großen Aufgabe widmen, Europa endlich Frieden und endlich Ruhe zu bringen, und zwar dadurch, daß sie dem Problem der Gründung der Vereinigten Staaten von Europa unter Führung Englands und Frankreichs, der Vereinigten Staaten von Europa, in denen auch Deutschland seinen Platz hat, näher tritt und diese Frage ihrer Lösung entgegenführt. (Sehr starke Beifallskundgebungen.) Das ist eine konstruktive Lösung von Dauer, die auch unsern westlichen Nachbarn die Sicherheit gibt, die zu fordern sie einen begründeten Anspruch haben. Bis diese Aufgabe gelöst ist, können unsere westlichen Nachbarn völlig beruhigt sein. Deutschland ist bis auf weiteres wirtschaftlich, militärisch, geistig und seelisch ohnmächtig; das Heer ist verschwunden, der Militarismus, der militaristische Gedanke hat sich selbst bei uns getötet. Ich glaube,

daß Frankreich, Belgien und Holland den Weg beschreiten sollten, den wir alle wünschen und den ich Ihnen eben gekennzeichnet habe.

Lassen Sie mich zum Schluß noch ein Wort zu Ihnen sagen als Einwohner der Stadt Bonn. Jede Stadt am Rhein hat ihr besonderes Gesicht, ihre besondere Aufgabe. Ich kenne Bonn. Ich war der Vorsitzende der Bonner Studenten 1½ Jahr lang, und ich habe seit vielen Jahren im geistigen Bereich Bonns gelebt und an seinem geistigen und kulturellen Leben Anteil genommen. Bonn hat die Aufgabe, ein geistiges und kulturelles Zentrum am Rhein zu sein, ein deutsches geistiges Zentrum, aber durchdrungen von der Atmosphäre des rheinischen Landes, weltoffen und aufgeschlossen gegenüber dem Westen und gegenüber dem europäischen Geiste.

Ich hoffe und ich wünsche, daß Bonn und Bonns Alma mater aus Schutt und Asche wieder erstehen möge zu neuem Leben, daß Bonn diese Aufgabe, die das Schicksal ihm zugewiesen hat, erfüllen wird.